

Pressemitteilung: Inge Gräßle wegen EU-Agrargeldern auf Kontrollvisite in Griechenland

Der Kontrollbesuch ist seit zwei Jahren geplant und angekündigt und findet nun in aufgeladener Atmosphäre statt: Die auch für diesen Raum zuständige CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle reist morgen mit sieben weiteren Kollegen aus dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments für drei Tage nach Griechenland. Im Mittelpunkt dieser 3,5-tägigen Reise steht das griechische integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem InVeKos für die jährlich 1,5 Mrd. Euro an EU-Landwirtschaftsgelder. Außerdem geht es um 11,3 Mrd. Euro an Strukturfondsmitteln, die das Land zwischen 2010 bis 2013 erhalten soll. Der Besuch ist der zweite innerhalb von zwei Jahren. "Damals haben wir gesehen, dass InVeKos nicht fehlerfrei funktioniert und Änderungen sogar noch nach der Auszahlung der Gelder möglich waren. Vor zwei Jahren haben wir einen Aktionsplan eingefordert und eine Frist bis Ende 2009 gesetzt und in Griechenland bereits die Sperrung der Mittel angekündigt, falls es jetzt immer noch nicht funktioniert", so Gräßle. "Das werden wir auch durchsetzen, weil es nicht einzusehen ist, dass die deutschen Bauern die europäischen Auflagen bravourös einhalten, die anderen aber nicht. Wir Haushaltskontrolleure haben seit langem mit Griechenland Probleme und bedauern, dass bislang die Sanktionen für Rechtsverstöße nicht wirklich weh tun." Seit Einführung von InVeKos 1997 hat Griechenland 1 Mrd. Euro an Strafzahlungen geleistet. "Das ist zuwenig, wenn man die Gesamtsumme sieht", kritisiert Gräßle. Sie fordert in einem vom Haushaltskontrollausschuss bereits verabschiedeten und dem Plenum vorliegenden Antrag deshalb ein schärferes Sanktionssystem für Rechtsverstöße. Die Delegationen trifft auch mit Verantwortlichen des griechischen Statistikamts zusammen, die falsche Daten nach Brüssel geliefert haben.

Gräßle, die die Sprecherin der größten Fraktion im Haushaltskontrollausschuss ist, weist darauf hin, dass die Probleme um den Euro leider nicht unter die Zuständigkeit des Haushaltskontrollausschusses im Europaparlament falle. Die Euro-Länder seien weitgehend autonom und hätten der Europäischen Kommission und dem Europaparlament nur sehr wenig Rechte und Kontrollbefugnisse eingeräumt. "Jetzt denkt jeder, dass die EU versagt hat, dabei waren es die Mitgliedstaaten der Eurozone, die sich gegenseitig nicht weh tun und Rechtsverstöße gegen den Eurovertrag nie sanktioniert haben. Wenn wir wirklich aufräumen wollen, braucht die EU selbst die Kontrollrechte. Wenn wir im Parlament es tun sollen, machen wir es".